



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

18. Jahrgang, Nummer 03 / 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

In der Vergangenheit hat sich der BBU immer wieder auch international zu Wort gemeldet. Jetzt erreichte den BBU aus den Niederlanden eine Bitte um Unterstützung. Dort soll das AKW Borssele noch länger als bisher geplant am Netz bleiben und zudem sollen zwei neue AKW gebaut werden. Diese Pläne dürfen nicht realisiert werden. Konkret hat sich das niederländische Anti-Atomkraft-Archiv „Laka“ beim BBU gemeldet.

Dachverband. Bitte unterstützt daher wohlwollend die Arbeit des BBU mit einer kleinen oder großen Spende. Nur wenn uns als bundesweitem Dachverband der Rücken gestärkt wird, können wir Gruppen vor Ort, aber auch international, engagiert und tatkräftig beistehen.

BBU-Spendenkonto:
Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Stichwort: BBU international



Zur Vernetzung und Unterstützung auch grenzüberschreitender Aktivitäten bleibt der BBU weiterhin ein relevanter Umwelt-

Und wer eine neue Bürgerinitiative gründen möchte, kann dazu gerne von uns Anregungen und Hilfestellungen bekommen. Und Initiativen, die noch keinem Dachverband angehören, können gerne dem BBU beitreten (dies gilt auch für Privatpersonen, Bioläden, ökologisch arbeitende Handwerksbetriebe, Jugendgruppen etc.) Aufnahmeanträge findet man unter

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch einen guten Winteranfang und weiterhin viel Kraft für euer Engagement für den Umweltschutz.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine:

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Themenbereiche

Anlagensicherheit

Kommission für Anlagensicherheit (KAS)

Den Jahresbericht 2020 der KAS findet man unter https://www.kas-bmu.de/files/publikationen/KAS-Publikationen/Jahresberichte%20Beschlussprotoll%20der%20KAS/KAS_54.pdf, den KAS-Newsletter 01/2021 unter <https://www.kas-bmu.de/newsletter-versendet/kas-newsletter-01-2021.html>.

Die Interessen des BBU werden in der KAS von Oliver Kalusch (Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes) vertreten.

Artenschutz

Artenvielfalt am Scheideweg

CDU und FDP lehnen Volksinitiative ab – „Ohrfeige für den Naturschutz“

Düsseldorf – Mit Empörung reagieren die nordrhein-westfälischen Landesverbände des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und des Naturschutzbund Deutschland (NABU) auf die Ablehnung ihrer gemeinsamen Volksinitiative Artenvielfalt NRW durch die Regierungsfractionen CDU und FDP im Landtag. „Damit wird eine Riesenchance für den Erhalt der Artenvielfalt in NRW vertan. Der dramatische Schwund an Pflanzen- und Tierarten ist neben der Klimakrise eine existentielle Zukunftsfrage. Anstatt die von mehr als 115.000 Menschen in NRW unterstützten Forderungen für ein ‚Handlungsprogramm Artenvielfalt‘ als Rückenwind für umfassendes Handeln anzunehmen, werden mickrige, unverbindliche und teils peinliche Alternativen angeboten“, so die Naturschutzverbände. Dass in der gestrigen spätabendlichen Landtagsdebatte seitens der CDU-Sprecherin zum Beispiel mehr Straßenbegleitgrün als Beitrag zur Artenvielfalt angeführt wurde, spreche für sich. Auch der Vorschlag nach einem Runden Tisch löse keines der Probleme. Die Fraktionen von SPD und Grünen unterstützten hingegen das Anliegen der Volksinitiative. (Und natürlich auch der BBU, Anm. der Newsletter-Red.).

Quelle und vollständiger Text vom 25.11.2021 <https://artenvielfalt-nrw.de/artenvielfalt-am-scheideweg>

Atomenergie

Atommüll-Endlagersuche: Rückblick Alternative Statuskonferenz

Ende Oktober 2021 hat .ausgestrahlt zusammen mit der AG Schacht Konrad, der BI Lüchow-Dannenberg und dem BUND die zweite Alternative Statuskonferenz (ASK) veranstaltet. Über 100 Interessierte und Betroffene nutzten die Gelegenheit, gemeinsam mit Expert*innen zwei Tage lang über den aktuellen Stand der Atommüll-Lager-Suche zu diskutieren. Einen Rückblick findet man unter

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2021/12/17/rueckblick-alternative-statuskonferenz/#more-33589>

AKW Doel (Belgien)

Über 16.000 Risse im Reaktordruckbehälter

Voranschreitende Zersetzungsprozesse im Beton

Umweltministerium bezweifelt Anlagensicherheit

Betrieb trotz verfassungswidriger
Laufzeitverlängerung

mit Brennelementen aus Lingen.

Aktuelle Lieferungen von ANF an das AKW Doel:
30.9., 5.10., 10.10., 13.10., 18.10., 21.10.2021



Egal wohin.

Quelle: <https://atomstadt-lingen.de/2021/11/16/lingen-liefert>

Anti-Atom-Initiativen stehen fassungslos vor dem Koalitionsvertrag, den SPD, Grüne und die FDP ausgehandelt haben

Unter dem Stichwort „Atom“ bekräftigt die Koalition zwar ihr Nein zur Nutzung der Atomenergie, aber im Ergebnis werden in Deutschland auch über 2022 hinaus Atomanlagen aktiv betrieben, die Risikoreaktoren mit Uranbrennstoff versorgen und neuen Atommüll produzieren. Damit umgeht die Ampel-Koalition den vereinbarten Atomausstieg.

Die Ampelkoalition betont, dass „genehmigte Endlager“ zügig fertiggestellt und in Betrieb genommen werden „müssen“. Das zeigt, dass die Unterhändler:innen skrupellos weiter arbeiten wollen bzw. in doppelter Hinsicht ahnungslos zu sein scheinen. Als mögliches Endlager ist ein einziges Projekt planfestgestellt, der Schacht KONRAD bei Salzgitter. Woher der Plural rührt, ist miraculös. „Ahnungslos können aber die Koalitionäre nicht wirklich sein, denn sie wissen bestimmt, dass Umweltverbände in Niedersachsen einen vortrefflich begründeten [Antrag auf Widerruf des Planfeststellungsbescheides](#) in Sachen KONRAD eingereicht haben“, fordert Ludwig Wasmus von der AG Schacht KONRAD die Aufgabe dieses Uralt-Endlagerprojekts.

Zu erwarten wäre der Programmpunkt gewesen, die vergleichende, wissenschaftsbasierte Standortsuche für die Endlagerung auf alle Arten von Atommüll auszuweiten. „Denn es zeichnet sich ab, dass selbst bei einer Inbetriebnahme des Schacht KONRAD eine weitere Deponie für die schwach- und mittelaktiven Abfälle vonnöten sein wird. Dass SPD und Grüne, die mit der Problematik bestens vertraut sind, den Schacht KONRAD durchpauken wollen, provoziert.“

Aus einer gemeinsamen Presseerklärung vom 29.11.2021 der AG Schacht Konrad, der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und der Bürgerinitiative "Kein Atomüll in Ahaus" e.V., ; vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/29.11.21.pdf>

Anti-Atom- und Klimainitiativen gratulieren: Vladimir Sliviyak erhält Alternativen Nobelpreis

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Emsland sowie das Netzwerk "Datteln IV stoppen wir", der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und die Ärzt*innenorganisation IPPNW gratulieren dem russischen Umweltschützer Vladimir Sliviyak, dem heute in Stockholm zusammen mit drei weiteren Persönlichkeiten der Alternative Nobelpreis verliehen wird. Die Laudatio hält die deutsche Klimaaktivistin Luisa Neubauer.

Der Ko-Vorsitzende der renommierten russischen Umweltorganisation Ecodefense wird von der Right-Livelihood-Stiftung für sein langjähriges sachkundiges und beharrliches Engagement gegen die Atom- und Kohleindustrie in Russland ausgezeichnet. Dabei setzt sich Sliviyak seit vielen Jahren auch für ein Ende der unverantwortlichen Uranmüllexporte von der Urananreicherungsanlage Gronau nach Russland sowie für ein Ende der sehr umweltschädlichen Kohleimporte aus dem sibirischen Kuzbass für deutsche Steinkohle-Kraftwerke ein, wie z. B. für Datteln IV.

"Wir schätzen sehr die enorme und bahnbrechende Arbeit von Vladimir Sliviyak und Ecodefense unter den widrigen politischen Bedingungen in Russland. Sein Einsatz ist vorbildlich und hat die Probleme der Atomenergie und des Kohleabbaus im eigenen Land, aber auch international im Fokus der Öffentlichkeit gehalten. Seine Expertise half dabei, den Bau mehrerer AKW in Kaliningrad und Südafrika zu verhindern. Wir teilen Vladimir Sliviyaks Vision von einer Welt ohne Atomenergie und ohne die Nutzung von fossilen Brennstoffen voll und ganz," so Angelika Claussen, Europa-Vorsitzende der IPPNW.

"Die Arbeit von Vladimir Sliviyak und Ecodefense wirft immer wieder auch ein Schlaglicht auf die großen Lücken im bundesdeutschen Atomausstieg und bei der Energiewende. Die kommende Bundesregierung muss deshalb die Uranmüllexporte von Gronau nach Russland endlich stoppen, die Uranfabriken in Gronau und Lingen schließen, die Kohleimporte aus Russland einstellen und keine neue Atomkooperation zwischen dem Lingener Brennelementhersteller Framatome und dem russischen Atomkonzern Rosatom erlauben. Der Alternative Nobelpreis verdeutlicht, dass diese Forderungen nun auch international gewürdigt werden," ergänzte Peter Bastian von SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 01.12.2021.

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/01.12.21.pdf>

45 Jahre Protest /

Alternativer Nobelpreisträger bei Kundgebung vor der Gronauer Uranfabrik

Mit einer Kundgebung vor der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau wurde am Sonntag (5.12.21) die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigartigen Anlage gefordert. 50 Personen aus Gronau und der näheren Umgebung beteiligten sich und erinnerten mit ihrer Aktion an den inzwischen 45jährigen Protest gegen die gefährliche und umstrittene Anlage. Veranstalter der Kundgebung war das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, dem auch der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau angehört. Starke Kritik gibt es seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung daran, dass weder die Urananreicherungsanlage in Gronau noch die Brennelementefabrik in Lingen im Ampel-Koalitionsvertrag erwähnt werden. Beide Anlagen haben trotz beschlossenen Atomausstieg bisher unbefristete Betriebsgenehmigungen.

Hauptredner der Kundgebung war Vladimir Sliviyak von der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Der AKU Gronau ist darüber erfreut, dass Vladimir Sliviyak am Mittwoch in Stockholm den Alternativen Nobelpreis erhalten hat. Er war bereits mehrfach in Gronau und hat sich gemeinsam mit dem AKU Gronau und

anderen Initiativen immer wieder an Protesten gegen die Gronauer Urananreicherungsanlage und gegen Uranmüllexporte von Gronau nach Russland beteiligt.

Aus einer Pressemitteilung des Arbeitskreises Umwelt (AKU Gronau vom 06.12.2021

Ampelkoalition hat Uranfabriken ausgeblendet / Vor drei Jahren Brand in Lingen / Protest in Gronau

Vor dem Hintergrund der Regierungsbildung in Berlin hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung der Brennelementefabrik in Lingen gefordert. Aktueller Anlass der Forderung ist auch der dritte Jahrestag des bisher schwersten Störfalls in der umstrittenen Anlage, der sich am 6. Dezember 2018 ereignet hat. Im BBU sind u. a. der Elternverein Restrisiko Emsland und das Bündnis AgiEL (AtomkraftgegnerInnen im Emsland) organisiert, die auch die sofortige Stilllegung der Anlage fordern.

Nach einem Brand in der Lingener Brennelementefabrik am Nikolaustag 2018 wurde die Anlage für etwa 2 Monate abgeschaltet. Insgesamt gab es in der Anlage bisher ca. 150 Störfälle. Es ist zu befürchten, dass der Betrieb der Anlage, in der Brennstäbe für Atomkraftwerke produziert werden, mit weiter zunehmendem Alter der Anlage, noch unsicherer wird. Schon seit geraumer Zeit fordern Bürgerinitiativen, der BBU und weitere Organisationen, insgesamt mehr als 350, mit der „Lingen-Resolution“ die sofortige Stilllegung der Lingener Brennelementefabrik und des nahe gelegenen AKW Lingen 2.

Der BBU kritisiert, dass die Lingener Brennelementefabrik und die Urananreicherungsanlage in Gronau im neuen Ampel-Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt werden. „Für beide Anlagen gibt es bisher keine Laufzeitbegrenzung. Das ist nicht hinnehmbar und die neue Bundesregierung muss die Produktion und den Export von Atombrennstoff in Gronau und Lingen unverzüglich stoppen“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Protest-Jubiläum in Gronau



In Gronau haben gestern (5.12.) rund 50 AtomkraftgegnerInnen aus NRW und Niedersachsen vor der Urananreicherungsanlage demonstriert. Bei einer Kundgebung kamen dabei u. a. Alexander Vent vom Bündnis „AtomkraftgegnerInnen im Emsland (AgiEL) und Vladimir Slivjak zu Wort. Vladimir Slivjak hat als Vertreter der russischen Umweltorganisation Ecodefense in der letzten Woche den Alternativen Nobelpreis bekommen.

Mit der Kundgebung wurde auch der langjährige Protest gegen den Bau und Betrieb der Urananreicherungsanlage gewürdigt. Die erste Bürgerinitiative wurde in Gronau bereits vor 45 Jahren im Oktober 1976 gegründet. Vor 40 Jahren entstand daraus der bis heute aktive Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau (ebenfalls eine Mitgliedsorganisation

des BBU). Und seit dem Herbst 1986, also seit 35 Jahren, treffen sich immer am ersten Sonntag im Monat Anti-Atomkraft-Initiativen zum Sonntagsspaziergang an der Urananreicherungsanlage. Nächster Termin: Der Neujahrsspaziergang am 2. Januar 2022.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 06.12.2021,

Vollständiger Text: <https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202021/06.12.21.pdf>

Foto: Vladimir Slivjak bei der Kundgebung vor der Gronauer Urananreicherungsanlage am 5.12.2021

Urenco untergräbt Atomausstieg: Reaktorforschung auch in Gronau

- weltweite AKW-Projekte mit Unterstützung aus NRW

Dringender Appell an Berlin und Düsseldorf: "Urenco klare Grenzen aufzeigen"

Der Urananreicherer Urenco betreibt nach Angaben des neuen Geschäftsführers von Urenco Deutschland, Dr. Jörg Harren, am Standort Gronau nun auch Reaktorforschung für "moderne Reaktorkonzepte". In einem Interview mit den Gronauer Nachrichten vom 4. Dezember 2021 heißt es, dass es sich dabei um "Uranbatterien und mikromodulare Reaktoren" handele, die unter anderem in der Industrie, im Bergbau und "an entlegenen Standorten" eingesetzt werden könnten. Damit beteiligt sich die Urenco in Gronau konkret an der Vorbereitung zum Bau neuer Reaktoren weltweit. Bislang sind AKW-Pläne von Urenco in Großbritannien, den Niederlanden, den USA und Kanada bekanntgeworden. In den USA interessiert sich z. B. das Pentagon für kleine, leicht transportierbare Reaktoren. Die Gronauer Beteiligung daran ist neu. Urenco betreibt in Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und die Ärzt*innenorganisation IPPNW kritisieren Urenco scharf: "Da es weltweit keine Renaissance der Atomenergie gibt, will Urenco selbst in den Bau von neuen Reaktoren einsteigen. Dass auch der Urananreicherungs-Standort Gronau in NRW direkt an der Forschung beteiligt ist, untergräbt den Atomausstieg in Deutschland. Wir fordern von der neuen Bundesregierung und der NRW-Landesregierung eindringlich, Urenco klare Grenzen aufzuzeigen," erklärte das Gronauer BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Neben der Urananreicherungsanlage Gronau ist die Urenco über das Tochterunternehmen ETC (Enrichment Technology Company) zusammen mit der französischen Orano auch in Jülich/NRW aktiv. Dort befindet sich neben dem Forschungszentrum die zentrale Forschungs- und Entwicklungseinheit für neue Uran-Zentrifugen, die den Betrieb der Urananreicherungsanlagen ermöglichen. Sie können aber auch zur Anreicherung für atomwaffenfähiges Uran genutzt werden und gehören deshalb zu den militärisch sensibelsten Industrieprodukten. Die Brisanz der Urananreicherung kommt z. B. immer wieder im Iran zum Ausdruck.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 13.12.2021. Vollständiger Text:

<https://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202021/13.12.21.pdf>

Friedensbewegung

Netzwerk Friedenskooperative: Jahresrückblick 2021

Das Jahr 2021 war für das Netzwerk Friedenskooperative kein Jahr wie jedes andere. Zum einen stellt die nach wie vor anhaltende Corona-Pandemie soziale Bewegungen noch immer vor große Herausforderungen. Zum anderen war 2021 geprägt von großen Umbrüchen: Auf politischer Ebene vom Ende der Ära Merkel und der „Großen Koalition“, auf organisatorischer Ebene vom Umzug des Büros in neue und größere Büroräumlichkeiten.

Trotz dieser Umbrüche, konnten wieder jede Menge Aktivitäten auf die Beine gestellt werden und Kampagnen vorangetrieben werden. Auch der ein oder andere Erfolg konnte erzielt werden.

Mit unserem Jahresrückblick möchten wir einen Einblick in unsere Arbeit als friedenspolitische NGO geben. Möglich ist diese nur aufgrund der großen Unterstützung unserer Spender*innen. Für diese möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken! Ebenso danken wir unseren diesjährigen Praktikant*innen Mayara, John und Emma, ohne deren Unterstützung viele unserer Projekte nicht möglich gewesen wären.

Quelle und vollständiger Text: <https://www.friedenskooperative.de/2021>

Gas- und Ölbohren

Die umstrittenen Pläne für Erdgasbohrungen nördlich von Berlin sind vorerst gestoppt

Dies teilte das brandenburgische Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe am Freitag, den 12.11.21 der Presse mit. Die Behörde zog die Erlaubnis zurück, weil Jasper Resources keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt hat. Damit folgt das Bergbauamt der Forderung der Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren“. Die Kuh ist zwar noch nicht endgültig vom Eis, aber in jedem Falle liegen die Hürden für Jasper Resources nun deutlich höher. Sollte das Unternehmen seine Pläne weiter verfolgen, muss es eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen. Diese Prüfung wird einige Zeit dauern. Die Bürgerinitiative wird auf jeden Fall aktiv bleiben und die Bevölkerung über den Fortgang des Verfahrens und über die schädlichen Umweltauswirkungen von Gasbohrungen informieren und falls notwendig juristisch gegen das Vorhaben vorgehen.

Quelle:

<https://www.gegen-gasbohren-zehdenick-templin.de/index.html>



Tonergefahren

Jahresbericht der Stiftung nano-Contro

Den [Jahresbericht 2021](https://www.nano-control.org/news-presse) der Stiftung findet man unter <https://www.nano-control.org/news-presse>

Die Stiftung nano-Control ist eine Mitgliedsorganisation des BBU, <https://www.nano-control.org>

Verkehr

Preiserhöhungen für die Stammkundschaft – falsche Signale der Deutschen Bahn

Seit 2003 und einschließlich der neuen Erhöhung stiegen die Fahrpreise im Fernverkehr insgesamt um 38 Prozent – das liegt deutlich über der Inflationsrate. Im Nahverkehr liegt das Plus nunmehr bei 59 Prozent. Dabei befindet sich der Bahnkonzern in einer kritischen Situation: Er ist hochverschuldet, bedingt durch die Pandemie gibt es deutliche Fahrgasteinbrüche. Gleichzeitig erhält er erhebliche staatliche Sonderzahlungen als Ausgleich für die Einbrüche.

Hendrik Auhagen: „In dieser Lage wäre es ein naheliegende Geste gewesen, auf eine Preisanhebung zu verzichten.“

Besonders kritisch sieht Bahn für Alle, dass auch die Preise für die BahnCard wieder deutlich angehoben werden – bei der BC50 (2. Klasse) von bisher 229 auf 234 Euro. Der Vergleich mit der Schweiz verdeutlicht, welches Potential in diesen Mobilitätskarten liegt.

Aus einer Pressemitteilung vom 09.12.2021 von Bahn für Alle zum Fahrplanwechsel

Quelle und vollständiger Text:

<https://bahn-fuer-alle.de/preiserhoehungen-fuer-die-stammkundschaft-falsche-signale-der-deutschen-bahn>

B 248 + K 8 = Mobilitätswende verpasst

Der Landkreis (Lüchow-Dannenberg) verpasst gerade den Einstieg in eine Mobilitätswende. Der vor langer Zeit geplante Ausbau der B 248 zwischen Grabow und Lüchow wie auch der Ausbau des Streckenabschnitts der K 8 zwischen Sallahn und Bellahn gehören aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) umgehend gestoppt.

Es ändere derzeit an den Planungen nichts, dass die frisch gewählte Landrätin Dagmar Schulz die Projekte „durchaus kritisch“ sehe. „Sie sind überambitioniert und überflüssig“, hält BI-Sprecher Wolfgang Ehmke dagegen. Auf der K 8 reiche die Sanierung der Fahrbahn. Dass es lediglich um eine Sanierung der Fahrbahndecke gehe, betonte auch die Baudezernentin Maria Stellmann in der Sitzung des Ausschusses für Klima und Mobilität. Das rechtfertige aus Sicht der BI allerdings dann nicht das Fällen von Straßenbäumen. Auch an der B 248 sollen bis zu 100 landschaftsprägende Bäume abgeholzt werden: Für ein kleines bisschen Zeitgewinn und gleichzeitiger Verlockung zur Raserei bei riskanten Überholmanövern auf den geplanten Überholstreifen.

Aus einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. vom 10. Dezember 2021. Quelle und vollständiger Text: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2021/12/10/b-248-k-8-mobilitaetswende-verpasst/#more-33533>

Nachruf

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen trauern um Gottfried Schüber aus Wyhl, der im 84. Lebensjahr verstorben ist.

Gottfried Schüber war ein sehr engagierter Mitstreiter im erfolgreichen Kampf gegen das Atomkraftwerk in Wyhl am Rhein. Mit großem Einsatz hat er sich für die Alternativen zur Atomenergie eingesetzt.

Er hat seine handwerklichen Fähigkeiten eingebracht und mit Ingenieur Siegfried Uhlmann das weltweit erste Solarmobil konstruiert, welches bei der Solarmesse in Sasbach 1978 vorgestellt wurde und weltweit eine große Beachtung fand.

Mit dem Sasbacher Solarpionier Werner Mildebrath hat er schon vor über 40 Jahren Solaranlagen auf den Hausdächern am Kaiserstuhl installiert. So war er auch Kreuzträger beim Ökumenischen Gottesdienst zum 25. Jahrestag der Tschernobyl-Atomkatastrophe im Freiburger Münster.

Weitere Informationen über Gottfried Schüber finden sich im Jahrbuch des Landkreises Emmendingen von 2015 "Siebenunddreißig Wyhl-Geschichten" auf den Seiten 129 - 136.

Erhard Schulz, Mitglied im Sprecherkreis der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, 19.11.2021

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2021, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmittglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 22.12.2021. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.